

4. Ausbildung

Jeder junge Mensch hat das Recht auf einen erfolgreichen Start ins Erwerbsleben und in eine selbstbestimmte und selbstverantwortete Existenz. Wir können und dürfen es uns nicht leisten, Jugendliche von der Schule direkt in die Sozialhilfe zu schicken und sie dauerhaft in die Perspektivlosigkeit zu entlassen.

Unser Ziel ist es, jedem jungen Menschen, der die Schule verlässt, ein gutes Angebot für einen erfolgreichen Start ins Arbeitsleben zu bieten.

Die GRÜNE JUGEND fordert deshalb eine solidarische Finanzierung der Ausbildung in Form einer Ausbildungsplatzumlage. Denn nur so wird die Wirtschaft im dualen System ihrer Verantwortung gerecht. Es ist auch im Interesse der ausbildenden Betriebe, dass die "Ausbildungsverweigerer" aus der Wirtschaft sich über eine Umlage an den Kosten der Ausbildung beteiligen. Die Ausbildungsumlage wird von den Unternehmen in einen Fonds gezahlt. Ausbildende Betriebe können die Ausbildungsumlage mit der Ausbildungsleistung verrechnen.

Bei einer Ausbildungsplatzumlage handelt es sich nicht um eine Strafsteuer. Mit einer solchen Umlage kann vielmehr die derzeit bestehende Gerechtigkeitslücke zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben geschlossen werden. Wer ausbildet, bekommt aus dem neu gebildeten Fonds eine Kostenbeteiligung, wer nicht ausbildet, beteiligt sich, ab einer bestimmten Größe, wenigstens an den entstehenden Kosten. Aus dem Fonds können auch außerbetriebliche Ausbildungsbereiche gefördert werden.

Alle für Ausbildung, Weiterbildung und Qualifizierung bzw. Teilqualifizierung notwendigen, finanziellen Mittel müssen zur Verfügung gestellt und notfalls aufgestockt werden. Jeder/m Auszubildenden hat Spruch auf BaFöG.

Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Asylverfahren dürfen keine Hürden bei Aufnahme und Durchführung einer Ausbildung gelegt werden. Anschließend Berufsaussichten im Aufnahmeland bzw. die Lebenschancen nach allfälliger Rückkehr in die Heimat werden so entscheidend verbessert.

Vielen Jugendlichen ist nach Beendigung der Schule nicht klar, welche Berufe ihren Interessen und Fähigkeiten nahe kommen. Berufsfindungsangebote, Trainingskurse und freiwillige Dienste können eine Ergänzung für eine Orientierungsphase bilden. Hiermit jedoch bereits in der Schule umfassender als bisher üblich zu beginnen, hält die GRÜNE JUGEND für dringend geboten.

Dazu gehört besonders die Ausbildung in den Informations- und Kommunikationstechnologien. Denn noch immer landen 80 Prozent der weiblichen Auszubildenden in den 13 meistgewählten Berufen. Noch überwiegend von Frauen gewählte Ausbildungsberufe (z.B. ArzthelferIn) müssen endlich angemessen entlohnt werden.

Auch in dem Bereich Ausbildung müssen die Abbruchquoten gesenkt werden. Um Auszubildenden, die sich in schwierigen Lebenssituationen befinden, den Abschluss einer Berufsausbildung zu ermöglichen, sind unterstützende Projekte zu fördern.

Wir brauchen eine grundlegende Modernisierung der betrieblichen Ausbildung. Mittelfristig muss durch sog. "Ausbildungsmodule" Betrieben, die keine Komplettausbildung leisten können, eine flexiblere Möglichkeit zur Aus- und Weiterbildung gegeben werden. Ziel müssen mehr betriebliche Ausbildungsplätze sein. Gerade den berufsbildenden Schulen kommt für die Ausbildung eine entscheidende Bedeutung zu: Sie müssen noch viel mehr zu regionalen Zentren für Aus- und Weiterbildung ausgebaut werden.